

---

FDP Taunusstein Kommunalpolitik

## **PRESSEMITTEILUNG DER FRAKTIONEN VON FWG UND FDP TAUNUSSTEIN WINDKRAFTDEBATTE: VERANTWORTUNG BRAUCHT MASS UND VERNUNFT**

19.07.2025

---

Taunusstein, 14. Juli 2025

In Reaktion auf den Artikel der LZ am Sonntag vom 6. Juli 2025 nehmen die Fraktionen von FWG und FDP in der Taunussteiner Stadtverordnetenversammlung Stellung zur Entscheidung gegen den Bau von Windkraftanlagen auf städtischen Flächen.

Der im Jahr 2013 gefasste Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Taunusstein, der den Bau von Windkraftanlagen in Taunussteiner Wäldern klar ablehnte, war seinerzeit vorausschauend und bleibt es auch heute. Dass ein Beschluss älter ist, macht ihn nicht falsch. Vor allem der Schutz des Taunussteiner- und Wiesbadener Trinkwassers, das zu einem beträchtlichen Teil aus den Stollen des Taunuskamms gewonnen wird, war einer der entscheidenden Ablehnungsgründe. Die Hydrogeologen des RP Darmstadt hatten diese Einschätzung durch ihren Ablehnungsbescheid des Windkraftprojektes der ESWE-Taunuswind auf der Hohen Wurzel 2016 bestätigt. Der Schutz unseres wichtigsten Grundnahrungsmittels Trinkwasser ist heute aktueller denn je.

Es ist zudem nicht redlich, lokale Projekte mit globalen Klimazielen zu überhöhen. Windkraftanlagen in Taunusstein leisten keinen messbaren Beitrag zum Weltklima. Derartige Überzeichnungen sind wissenschaftlich nicht haltbar und tragen zur gesellschaftlichen Polarisierung bei, statt Lösungen zu fördern.

Gleichzeitig betonen wir: Unser Wald ist das Rückgrat des lokalen Klimaschutzes. Wälder speichern CO<sub>2</sub>, regulieren das Mikroklima, kühlen die Luft, halten Wasser zurück und bieten Lebensraum für zahlreiche Arten. Wer Waldflächen für Windräder opfert, schwächt den wirksamsten natürlichen Klimaschützer – mit langfristigen Folgen für

Mensch und Natur.

Die in dem Artikel der LZ am Sonntag vom 6. Juli 2025 erwähnte Bürgerbeteiligung, an der sich ca. 50 Bürgerinnen und Bürger beteiligten, viele davon aus dem Kreis des Arbeitskreises AKTE, stellt nach unserer Auffassung kein Abbild breiter gesellschaftlicher Zustimmung dar. Eine so geringe Beteiligung darf nicht als Gradmesser für die Gesamtmeinung der Stadtgesellschaft gewertet werden.

Als demokratisch gewählte Stadtverordnete vertreten wir den Willen einer breiten Mehrheit der Taunussteiner Bevölkerung. Die Ablehnung von Windkraftanlagen im Wald findet in der Bürgerschaft breiten Rückhalt. Dieser Verantwortung haben wir uns gestellt – mit Augenmaß, Transparenz und Weitblick.

Zudem ist für uns klar: Lebensqualität, Naturwert und sozialer Zusammenhalt dürfen nicht leichtfertig wirtschaftlichen Erwägungen geopfert werden. Der Charakter und die Attraktivität unserer Stadt sind eng mit dem Schutz ihrer natürlichen Umgebung verbunden – dieser Wert ist nicht verhandelbar.

Ungeachtet der Entscheidung zur Windkraft treiben wir den kommunalen Klimaschutz mit Nachdruck voran. Das bestehende Klimaschutzkonzept der Stadt wird derzeit umfassend fortgeschrieben. Ziel ist es, konkrete und wirksame Maßnahmen umzusetzen – etwa durch den Ausbau von Photovoltaik, die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, die Entwicklung von Nahwärmelösungen und ein modernes kommunales Energiemanagement.

Ergänzt wird dies durch das 2023 verabschiedete Klimaanpassungskonzept, das die Stadt für die Folgen des Klimawandels wappnet. Es umfasst zentrale Handlungsfelder wie Hitzeschutz, Wasser- und Bodenschutz, grüne Infrastruktur und die Vorsorge vor Extremwetterereignissen.

Ein besonders zukunftsweisendes Projekt ist das Klimaquartier TaunussteinBleidenstadt, das als eines von nur 15 Modellquartieren in Hessen ausgewählt wurde.

Hier entwickeln Verwaltung und Bürgerschaft gemeinsam konkrete Lösungen – von Gebäudesanierung über Entsiegelung und Begrünung bis hin zum Regenwassermanagement.

Wir stehen für eine ehrliche, sachorientierte und verantwortungsvolle Klimapolitik – ohne ideologische Scheuklappen und mit echtem Respekt vor Mensch, Natur und Demokratie.